

Sicherung der nachhaltigen Rohstoffversorgung in Europa

Empfehlungen von industriAll Europe zur „Widerstandsfähigkeit bei kritischen Rohstoffen“

Dokument im Wege des schriftlichen Verfahrens vom Exekutivausschuss von industriAll Europe angenommen
Brüssel, 10. Juni 2021 | industriAll 129/2021

Einleitung

Mineralische Rohstoffe¹ sind heute in Europa wichtiger denn je, um den ökologischen und digitalen Wandel zu bewerkstelligen. Sie sind für die zentralen industriellen und strategischen Wertschöpfungsketten in Europa von entscheidender Bedeutung, da sie für die Fertigung der zur Erreichung der Klimaziele der EU benötigten grünen Technologien unverzichtbar sind. Der Rohstoffsektor umfasst rund 350 000 Arbeitsplätze in der EU, während in der nachgelagerten verarbeitenden Industrie über 30 Millionen Arbeitsplätze von einem zuverlässigen und ungehinderten Zugang zu mineralischen Rohstoffen² abhängen.

Europa ist derzeit bei einigen wichtigen mineralischen Rohstoffen in hohem Maße von anderen Ländern abhängig. Diese Abhängigkeit, eine Quelle der Versorgungsunsicherheit, schwächt die Industrie. Wie in der Zukunftsstudie der Europäischen Kommission³ und auch in der Stellungnahme des EWSA zur „Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen“⁴ ausgeführt wird, „entfallen weniger als 5 % der weltweiten Produktion an mineralischen Rohstoffen“ auf die EU. Beispielsweise liefert allein China 66 % der fertigen Lithium-Batterien, die EU hingegen nicht einmal 1 %. Aus der EU stammen weniger als 1 % der globalen Brennstoffzellproduktion und 1 % der Rohstoffe für Windenergieerzeugung. China hat ein Quasimonopol bei Photovoltaik-Komponenten (PV). Die EU liefert 1 % der Photovoltaikmodule aus Silizium-Solarzellen. Die Robotikindustrie ist auf 44 Materialien angewiesen, von denen die EU 2 % und China 52 % produzieren. Es bedarf daher eines koordinierten Ansatzes auf europäischer Ebene, um weitreichende Maßnahmen zur Antizipation der zukünftigen Veränderungen in den europäischen Industrien und Sektoren im Zuge des ökologischen und digitalen Wandels zu planen und gleichzeitig den sozialen und ökologischen Bedingungen der Versorgung Rechnung zu tragen.

Die Gewerkschaften fordern seit langem eine belastbare EU-Rohstoffstrategie, um durch die nachhaltige Nutzung der eigenen Ressourcen mehr Unabhängigkeit zu erreichen und durch eine gemeinsame und faire außenpolitische Agenda die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.⁵ Die EU-Rohstoffstrategie muss im Einklang mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen und der Agenda 2030 stehen,

¹ Als Rohstoffe gelten eine Vielzahl von Materialien mit spezifischen und unterschiedlichen Problemen, die es zu lösen gilt. Dieses Papier bezieht sich hauptsächlich auf mineralische Rohstoffe gemäß der Definition in der Richtlinie über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie (2006/21/EG): „mineralische Rohstoffe“ oder ‚Mineral‘: natürlich in der Erdkruste vorkommende Ablagerungen von organischen oder anorganischen Stoffen wie Erze, Industriemineralien und Baurohstoffe, jedoch kein Wasser“.

² Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken [COM(2020) 474 endgültig], Stellungnahme des EWSA, März 2021.

³ Europäische Kommission, *Critical materials for strategic technologies and sectors in the EU – a foresight study*, 2020.

⁴ Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken. [COM(2020) 474 endgültig], Stellungnahme des EWSA, März 2021.

⁵ In den vergangenen Jahren hat industriAll Europe aktiv an verschiedenen Initiativen mitgewirkt, um diese Botschaft zu verbreiten: Gruppe „Rohstoffversorgung“, EIP zu Rohstoffen und im Jahr 2020 wurde industriAll Europe in die Europäische Rohstoffallianz aufgenommen.

sowohl innereuropäisch als auch international. Die Steigerung der Nachhaltigkeit in der heimischen mineralgewinnenden Industrie und die Optimierung von Sekundärrohstoffen durch die Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft schaffen industrielles Wachstum, Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Exporteinnahmen. Darüber hinaus sollte mit der Einhaltung von Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechten sowie der Berücksichtigung eines gleichstellungsorientierten Ansatzes bei Produktion und Recycling, Import und Export eine sozial verantwortungsvollere Versorgung als in anderen Teilen der Welt gewährleistet werden. Damit das gelingt, müssen alle Akteure ihrer Rolle gerecht werden.

Europa braucht zur Stärkung der strategischen Autonomie und gleichzeitigen Sicherung der Nachhaltigkeit von Rohstoffen eine weitreichende und umfassende Strategie, die auf vier Säulen beruht: Heimische Förderung, Kreislaufwirtschaft, Stärkung von Forschung und Innovation zur Verringerung der Abhängigkeit sowie Sicherstellung von internationalen Standards und weltweit verbindlichen Menschenrechten. In diesem Dokument werden die Empfehlungen von industriAll Europe für diese verschiedenen Säulen dargelegt.

Hintergrund

Das Interesse der europäischen Institutionen an Rohstoffen ist nicht neu. Bereits in den 1970er Jahren wurde eine erste Expertengruppe eingesetzt, die sich mit der Rohstoffversorgung in Europa befasste. Die erste konkrete EU-Rohstoffinitiative wurde dann erst im Jahr 2008 ins Leben gerufen, um die Abhängigkeit der EU von nichtenergetischen Rohstoffen für industrielle Wertschöpfungsketten zu reduzieren. In jüngerer Zeit ist das politische Interesse an diesem Thema wieder gestiegen, vor allem aufgrund des angestrebten grünen und digitalen Wandels. Der Zugang zu Ressourcen ist ein wichtiges strategisches Element, um diesen doppelten Übergang erfolgreich zu vollziehen. Auch der europäische Grüne Deal ist auf eine nachhaltige Versorgung mit allen Rohstoffen für saubere und digitale Technologien ausgerichtet.

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2020 verschiedene Initiativen im Zusammenhang mit dem europäischen Grünen Deal ergriffen, die auch Rohstoffe betreffen:

- Im März 2020 legte sie eine „Neue Industriestrategie für Europa“ vor, der zufolge eine sichere und nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung wichtig ist, um Klimaneutralität zu erreichen und eine Führungsrolle bei der Digitalisierung einzunehmen. In der Strategie wird auch hervorgehoben, dass es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie der Industrie im globalen Wettbewerb zu stärken.
- Der ebenfalls im März 2020 veröffentlichte „Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“ enthält verschiedene Vorschläge für den Ausbau der Kreislaufwirtschaft und die Rückgewinnung von Rohstoffen in der EU, um so unter Berücksichtigung der ethischen Beschaffung von Rohstoffen und der Versorgungssicherheit einen Markt für Sekundärrohstoffe zu schaffen.
- Ein im Dezember 2020 vorgelegter Vorschlag für eine „Verordnung über Batterien und Altbatterien“ legt Nachhaltigkeitsanforderungen in Form einer kreislaforientierten und nachhaltigen Wertschöpfungskette für Batterien fest. Auch die Europäische Batterie-Allianz ist in Bezug auf Rohstoffe sehr aktiv, und 2021 wurden einige diesbezügliche Ankündigungen gemacht, darunter die Bereitstellung von 15 Mrd. € zur Sicherung der Rohstoffversorgung (hauptsächlich Lithium, Grafit und Nickel).

Im September 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung⁶ mit dem Titel „Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken“, in der sie einen Aktionsplan für kritische Rohstoffe vorschlägt, um die Widerstandsfähigkeit der Lieferkette in der EU zu erhöhen. Dieser Aktionsplan umfasst zehn Aktionspunkte, um den Übergang zu ei-

⁶ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:52020DC0474>

ner grünen und digitalen Wirtschaft zu unterstützen und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit und die offene strategische Autonomie Europas zu erhöhen. Darin wird vorgeschlagen, Finanzierungskriterien zu entwickeln, Forschung und Innovation in den Bereichen Abfallverarbeitung, fortschrittliche Materialien⁷ und Substitution anzustoßen, das Potential von Sekundärrohstoffen besser zu kartieren, aber auch die Erdbeobachtung zu verstärken, Fachwissen und Kompetenzen zu entwickeln, internationale Partnerschaften aufzubauen und einen verantwortungsbewussten Bergbau zu fördern. Als Teil dieses Aktionsplans wurde die Europäische Rohstoffallianz⁸ (der industriAll Europe beigetreten ist) ins Leben gerufen. Die Kommission schlägt auch eine Aktualisierung der Liste der Rohstoffe vor, die im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Bedeutung und das Risiko einer Versorgungsunterbrechung als kritisch für die EU⁹ angesehen werden.

Auch die Sozialpartner der mineralgewinnenden Industrie¹⁰ sind in Bezug auf die EU-Initiativen zu Rohstoffen sehr aktiv und veröffentlichten im Dezember 2020 eine gemeinsame Erklärung, in der sie eine „langfristige und ehrgeizige EU-Rohstoffstrategie“¹¹ forderten. Darin werden die aktuellen Herausforderungen bei der Rohstoffgewinnung in der EU dargelegt und sehr konkrete Maßnahmen zum Erhalt und zur Stärkung von Bergbauaktivitäten und Beschäftigung in Europa gefordert, wo die Sozial- und Umweltstandards höher sind als im Rest der Welt.

Im Anschluss an diese Initiativen haben die Europäische Kommission und die Arbeitsgruppe „Rohstoffversorgung“ im Mai 2021 „Grundsätze der EU für nachhaltige Rohstoffe“ beschlossen, die für die Gewinnungs- und Verarbeitungsstufen nichtenergetischer Rohstoffe und für den gesamten Lebenszyklus der Mineralien-Wertschöpfungskette, von der Exploration bis nach der Stilllegung, gelten. Sie umfassen soziale, wirtschaftliche, Governance- und Umwelt-Grundsätze und stützen sich auf EU-Rechtsvorschriften zur Nachhaltigkeit, aber auch auf international vereinbarte Initiativen zur nachhaltigen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung. Da sie nicht verpflichtend sind, hat industriAll Europe gefordert, diese Initiative mit einer rechtlich verbindlichen EU- Richtlinie über verbindliche Sorgfaltspflichten im Bereich der Menschenrechte (einschließlich Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten) und des Umweltschutzes zu ergänzen, um ihre wirksame Durchsetzung zu gewährleisten.

Bei all diesen aktuellen Initiativen muss industriAll Europe eine führende Rolle einnehmen, um die Interessen der Industriearbeit*innen zu vertreten. Es bedarf einer aktiven Einbindung der Gewerkschaften in die Ausarbeitung und Umsetzung der verschiedenen industriepolitischen Maßnahmen, um Europa zu einem führenden Akteur bei den gerechten und fairen Übergängen zu machen, die niemanden und keine Region zurücklassen. Unser Ziel ist es, die soziale Dimension und den Schutz der Arbeitnehmer*innen durch unsere Initiativen zu stärken und unsere an der Entwicklung regionaler und nationaler Strategien rund um die nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen beteiligten nationalen Gewerkschaften zu koordinieren und zu unterstützen.

⁷ Unter fortschrittlichen Materialien versteht man im Allgemeinen Materialien mit neuartigen oder verbesserten Eigenschaften, die durch die Entwicklung spezieller Verfahren und Technologien entstanden sind und die die Leistung gegenüber herkömmlichen Produkten und Verfahren verbessern. Zum Beispiel Kohlefasern, die leichter und stärker sind als andere Materialien.

⁸ Die Europäische Rohstoffallianz steht unterschiedlichen Interessenträgern offen, zu denen auch industrielle Akteure entlang der gesamten Wertschöpfungskette, Mitgliedstaaten und Regionen, Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft, Forschungs- und Technologieorganisationen, Investoren und NRO gehören. IndustriAll Europe ist auch Mitglied der „Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) zu Rohstoffen“.

⁹ Auf dieser Liste stehen Antimon, Flussspat, Magnesium, Siliciummetall, Baryt, Gallium, Natürlicher Grafit, Tantal, Bauxit, Germanium, Naturkautschuk, Titan, Beryllium, Hafnium, Niob, Vanadium, Bismut, SSE, MPG, Wolfram, Borate, Indium, Phosphor, Strontium, Kobalt, Lithium, Phosphor, Kokskohle, LSE und Scandium.

¹⁰ IndustriAll Europe, Apep, Eurocoal, Euromines, IMA-Europe und UEPG.

¹¹ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=521&langId=de&agreementId=5698>

Heimische Förderung: Sicherung der Nachhaltigkeit bei kritischen Rohstoffen in Europa

Rohstoffabbau und -verarbeitung innerhalb der EU ist von wesentlicher Bedeutung, um das Versorgungsrisiko zu kontrollieren. Außerdem können dadurch Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze und Fertigkeiten geschaffen werden. In den Bereichen Bergbau und Raffination sind in der EU bereits 3,4 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt, das zugehörige verarbeitende Gewerbe bietet 25 Millionen Arbeitsplätze.¹² Europa hat eine lange Tradition und starke Expertise im Bergbau, steht aber bei kritischen Rohstoffen nicht an der Spitze, auch wenn das Potenzial der lokalen Bodenschätze groß ist.¹³ Als Gründe für diese Verzögerung nennt die Europäische Kommission fehlende Investitionen in die Exploration, die Vielfalt und Last nationaler Verfahren und eine geringe öffentliche Akzeptanz. Eine starke Agenda und ein Rahmen für die heimische Förderung, um die sich in diesen Sektoren vollziehenden Übergänge (Dekarbonisierung, neue Standorte, Erschließung neuer Rohstoffe usw.) zu begleiten, sind daher unverzichtbar. Die Einbindung der Gewerkschaften und Arbeiter*innen ist entscheidend.

Wenn es um die heimische Förderung geht, die zur Versorgungssicherheit in Europa beiträgt, **müssen die Rohstoffe auf nachhaltige und verantwortungsvolle Weise unter Schonung der Umwelt und Achtung der Menschenrechte gewonnen werden. Dies bedeutet:**

- **eine starke soziale Dimension:** Sicherstellung von guter Arbeit und guten Arbeitsbedingungen, Schutz der Arbeitnehmerrechte, wirksamer sozialer Dialog auf Branchen- und Unternehmensebene und Einbindung der Gewerkschaften in die Planung der Entwicklung des Sektors. Die soziale Dimension muss auch den Bedarf an Qualifizierung, allgemeiner und beruflicher Bildung, einschließlich der Unterstützung oder Schaffung geeigneter Ausbildungsgänge und der Steigerung der Attraktivität dieser Berufe, berücksichtigen. Der Schutz der Beschäftigten in der Rohstoffindustrie erfordert ein solides Engagement für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Eine klare gleichstellungspolitische Perspektive ist ebenfalls unverzichtbar.
- **hohe Umweltstandards für die heimische Gewinnung, die auf europäischer Ebene durch eine gemeinsame regulatorische Basis harmonisiert werden,** zum Schutz der Umwelt, zur Vermeidung von Verschmutzung, zum Erhalt der biologischen Vielfalt und der Wasserreserven, in größtmöglichem Ausmaß und in voller Übereinstimmung mit der auf europäischer Ebene vereinbarten Reduzierung der CO₂-Emissionen. Dies bedeutet auch, die Dekarbonisierung der mineralgewinnenden Industrie zu begleiten.
- Dialog mit **lokalen Gemeinschaften**, um sicherzustellen, dass sie in neue Projekte einbezogen werden. In aktuellen EU-Rechtsvorschriften ist eine Reihe von Verpflichtungen in Bezug auf den Zugang zu Informationen und die Konsultation lokaler Gemeinschaften vorgesehen. Ihre Anwendung muss gefördert und besser durchgesetzt werden.

Die Frage der **sozialen Akzeptanz** rund um neue Betriebsstätten muss ebenfalls mit einem auf EU- Ebene koordinierten Ansatz angegangen werden. IndustriAll Europe weist erneut darauf hin, dass soziale Akzeptanz nur durch hohe europäische und abgestimmte Umwelt- und Sozialstandards erreicht werden kann, die tatsächlich durchgesetzt werden und deren Nichteinhaltung auch geahndet wird. Die Mineralgewinnung in Europa erfolgt nach den weltweit höchsten Umwelt- und Sozialstandards, und die Rückverlagerung einiger Abbaustätten für kritische Rohstoffe nach Europa könnte dazu beitragen, Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen in Drittländern vorzubeugen.

IndustriAll Europe möchte die Frage der Rohstoffgewinnung thematisieren, die, wenn sie gut geplant ist und in einem robusten sozialen und nachhaltigen Rahmen erfolgt, eine **Chance für kohle- und CO₂-inten-**

¹² Kommission 2020, *Strategic Foresight Report* ([STRATEGISCHE VORAUSSCHAU – WEICHENSTELLUNG FÜR EIN RESILIENTERES EUROPA](#)).

¹³ For a map of Critical Raw Materials deposits in EU siehe <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52020DC0474>, p.12

sive Regionen im Wandel darstellen könnte. Sie bietet ein Diversifizierungspotential und Chancen für heutige und zukünftige qualifizierte Bergleute in diesen Regionen. Dies könnte eine gute Alternative zur Deindustrialisierung darstellen und muss auf europäischer Ebene in kohärenter Weise gefördert werden.

Die **Erfassung der mineralischen Bodenschätze** in der EU und den EWR-Ländern muss in koordinierter Weise auf EU-Ebene angegangen werden, um ein besseres Verständnis zu gewährleisten, das regelmäßig aktualisiert wird. IndustriAll Europe unterstützt daher die Schaffung eines europäischen (EU) geologischen Dienstes, da es notwendig ist, Daten auf einheitliche Weise zu erheben und über eine Einrichtung zu verfügen, die sich mit den Ressourcen im Boden und für unsere Wirtschaft beschäftigt. Da der Zugang zu mineralischen Rohstoffen auch eine strategische Sicherheitsfrage ist, sollte dieser Dienst auch Ein- und Ausfuhren sowie Angebot und Nachfrage auf globaler Ebene bewerten.

IndustriAll Europe fordert:

- Rohstoffe, die auf nachhaltige und verantwortungsvolle Weise beschafft werden, mit einer starken sozialen Dimension, die Arbeitnehmerrechte, Maßnahmen im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz, einen wirksamen sozialen Dialog und die Berücksichtigung des Kompetenzbedarfs, hohe Umweltstandards und den Dialog mit lokalen Gemeinschaften umfasst,
- Unterstützung für hohe abgestimmte europäische Umwelt- und Sozialstandards, die auch tatsächlich durchgesetzt werden und deren Nichteinhaltung geahndet wird, um die soziale Akzeptanz und die Rückverlagerung mineralgewinnender Aktivitäten mit höheren Standards als andernorts in der Welt zu fördern,
- Unterstützung und Erhalt von Abbau- und Verarbeitungskapazitäten in der EU unter Förderung von Beschäftigten und Regionen; es sollte wirtschaftliche Unterstützung oder Vergünstigungen der EU für kritische heimische Abbauprojekte in Betracht gezogen werden, die einem unlauteren Wettbewerb in Bezug auf soziale und ökologische Standards ausgesetzt sind,
- die Verknüpfung zwischen der europäischen Rohstoffpolitik und den Strategien, die in den kohle- und CO₂-intensive Regionen im Wandel entwickelt wurden,
- die Schaffung eines europäischen geologischen Dienstes auf der Grundlage eines auf europäischer Ebene koordinierten Ansatzes in Bezug auf Rohstoffe und die Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Begrenzung des Einsatzes von Primärrohstoffen durch Kreislaufwirtschaft und Recycling

IndustriAll Europe ist in einem Policy Brief aus dem Jahr 2016 bereits aktiv für die Förderung der Kreislaufwirtschaft in Europa eingetreten.¹⁴ Die Kreislaufwirtschaft hat positive Auswirkungen auf die europäische Industrie, da ein Teil der Altprodukte wieder in das industrielle Produktionssystem zurückgeführt wird und so die Wertstoffe und die Energie, die in den Industrieprodukten stecken, viel länger in Gebrauch gehalten werden. Das ist auf einem Planeten mit endlichen Bodenschätzen absolut notwendig und trägt dazu bei, die Natur vor unnötigen Eingriffen zu schützen und dem Klimawandel entgegenzuwirken. Zudem erhöht sie die Versorgungssicherheit und verringert die Abhängigkeit durch Zulieferung aus Drittstaaten.

Wenn es um mineralische Rohstoffe geht, könnte eine kreislaforientierte Wirtschaft den Kreis schließen und neue Märkte für recycelte Rohstoffe schaffen. Die Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft für Sekundärrohstoffe und Recycling ist auch mit einem großen Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden. Einige Studien zeigen ein Potenzial von 700 000 neuen Arbeitsplätzen im Jahr 2030.¹⁵ Doch dafür braucht es mehr Anreize und Mobilisierung auf europäischer und nationaler Ebene.

¹⁴ Siehe: https://news.industriall-europe.eu/content/documents/upload/2018/9/636718239534547822_Circular%20Economy%20Policy%202016-03_EN_v3%20checked_CLEAN.pdf

¹⁵ https://circulareconomy.europa.eu/platform/sites/default/files/ec_2018_-_impacts_of_circular_economy_policies_on_the_labour_market.pdf

Recycling ist eine der vielversprechendsten Möglichkeiten, um der Abhängigkeit von Rohstoffen zu begegnen. Es muss jedoch noch viel getan werden, um neue Wirtschafts- und Geschäftsmodelle zu schaffen, die das Wachstum der Recyclingaktivitäten unterstützen. Die Branche muss das gesamte Verfahren von der Sammlung über die Sortierung, die Zwischenverarbeitung bis hin zur Verwendung in Metall- oder anderen Anlagen einbinden. Dies muss mit der Bestimmung eines wirtschaftlich tragfähigen Absatzes für das recycelte Produkt einhergehen. Im Vorfeld besteht die größte Herausforderung darin, den Mehrwert so verteilen zu können, dass jeder Akteur in der Branche davon leben kann.

Die Recyclingfähigkeit eines Produkts und die Wiederverwendung einiger seiner Komponenten muss bereits in der Entwicklungsphase mitbedacht werden. IndustriAll Europe fordert daher eine EU-Verordnung, die Ökodesign-Standards definiert und vorschreibt, um sicherzustellen, dass Produkte für die industrialisierte Kreislaufwirtschaft und die Wiederverwendung von Werkstoffen geeignet, aber auch auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit ausgelegt sind. Bei der Überarbeitung der Ökodesign-Richtlinie im Rahmen der Initiative für nachhaltige Produkte bedarf es eines klaren Engagements der EU und außerdem sind soziale Aspekte in die Definition des Begriffs Nachhaltigkeit einzubeziehen.

Kreislauf- und Recyclingprojekte müssen als wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) und Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) eingestuft werden, da dieser Sektor ebenso kritisch ist wie die Energieinfrastruktur. Recycling erfordert auch eine bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung.

Recycling oder Wiederverwendung mineralischer Rohstoffe im Rahmen der Kreislaufwirtschaft erfordert erhöhte Aufmerksamkeit für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen, einschließlich des Schutzes der Beschäftigten vor gefährlichen Chemikalien.

In Bezug auf Abfall muss die derzeitige Praxis der Ausfuhr von Abfällen in Länder außerhalb Europas unbedingt überprüft werden, um die vollständige Umsetzung der Kreislaufwirtschaft und die Sekundärproduktion von Rohstoffen zu gewährleisten und gleichzeitig die Abfallbelastung von Drittländern durch die EU zu reduzieren. Darüber hinaus muss Europa die Kreislaufführung von Abfällen erleichtern, um ein echtes Ökosystem mit strategischer Autonomie zu schaffen. Einem hochwertigen Recycling von Altmaterialien muss gegenüber dem Export derselben Produkte in Länder, in denen europäische Sozial- und Umweltstandards nicht eingehalten werden, Vorrang eingeräumt werden.

Schließlich betont industriAll Europe auch, dass die Arbeitnehmer*innen im Rahmen der Antizipation des Wandels in die Gestaltung und Umsetzung der Kreislaufwirtschaft einbezogen werden müssen, um zu einem gerechten Übergang für alle von dieser tiefgreifenden Umgestaltung der Industrie betroffenen Arbeitnehmer*innen beizutragen.

IndustriAll Europe fordert:

- eine faire und industrialisierte Kreislaufwirtschaft auf europäischer Ebene, die die Verwendung und Wiederverwendung von mineralischen Rohstoffen fördern und besser ermöglichen kann,
- die Förderung des Triptychons „Ökodesign - Kreislaufwirtschaft - Wiederverwendung/Reparatur“ als echten Hebel für eine Industrie der „neuen Generation“, die neue Arbeitsplätze schaffen wird,
- Kreislauf- und Recyclingprojekte als wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) und Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) einzustufen,
- eine bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung, kohärent mit der Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft,
- Ökodesign-Normen, mit denen die Wiederverwendung von Werkstoffen sichergestellt wird, und ein klares Engagement für soziale Aspekte in der Initiative für nachhaltige Produkte,
- eine erhöhte Aufmerksamkeit für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen, sowie die öffentliche Gesundheit,

- eine Überprüfung der derzeit betriebenen Ausfuhr von Abfällen, Unterstützung für eine innereuropäische Kreislaufführung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Abfallindustrie,
- eine umfassende Einbeziehung der Arbeitnehm*innen und Gewerkschaften in die Gestaltung und Umsetzung der Industriepolitik für Sekundärrohstoffe.

Forschung, Entwicklung und Innovation zur Verringerung der Abhängigkeit

Sichere Rohstoffversorgung muss auch durch die Erforschung neuer Materialien und innovativer Technologien unterstützt werden, die den Bedarf an Rohstoffen verringern bzw. diese substituieren oder diversifizieren können. Diese Art der Forschung basiert auf einem kohärenten und multidisziplinären Ansatz.

Innovation, Forschung und Entwicklung müssen ein zentraler Punkt in der EU-Strategie zu kritischen Rohstoffen sein. Dies geht einher mit der Substitution (Ersetzen eines kritischen Rohstoffs durch einen unkritischen Rohstoff, der eine ähnliche Leistung bietet), dem Recycling oder der Wiederverwendung von Produkten und der Wiederaufbereitung von Abfällen, um zu vermeiden, dass kritische Rohstoffe auf Deponien landen.

Im Hinblick auf die Kreislaufwirtschaft bedarf es öffentlicher Unterstützung und Investitionen (von der lokalen bis zur europäischen Ebene), um Lösungen zur Verbesserung der Möglichkeit des Recyclings und der Wiederverwendung von mineralischen Rohstoffen zu finden, da einige von ihnen derzeit nur sehr schwer zu recyceln oder wiederzuverwenden sind.

IndustriAll Europe fordert:

- umfangreiche Unterstützung der Erforschung neuer Materialien und innovativer Technologien zur Verringerung, Substitution oder Diversifizierung des Bedarfs an Rohstoffen,
- Investitionen in Aktivitäten, die die Substitution fördern können,
- mehr Forschung, Entwicklung und Innovation, von Europa unterstützt, um Technologien zu entwickeln, die die bessere Wiederverwendung von mineralischen Rohstoffen ermöglichen.

Internationale Standards durchsetzen und Menschenrechte weltweit verbindlich machen

Europa verfügt auf seinem Boden über mineralische Rohstoffe, die Vorkommen der meisten kritischen Rohstoffe sind jedoch auf einige wenige Länder außerhalb Europas konzentriert. IndustriAll Europe arbeitet in dieser Angelegenheit eng mit IndustriALL Global Union zusammen, um bei der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen in der gesamten Lieferkette weltweit gute Arbeit zu erreichen. Darüber hinaus fordert industriAll Europe die Europäische Kommission auf, sicherzustellen, dass jede Rohstoffstrategie auch den Bedürfnissen und Interessen der Arbeiter*innen und Menschen in den Ursprungsländern der Rohstoffe außerhalb Europas Rechnung trägt. Dies muss in voller Übereinstimmung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Arbeitsnormen der ILO, den VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie den VN-Zielen für nachhaltige Entwicklung geschehen.

Handelsabkommen und -politik müssen eine Rolle dabei spielen, die Rohstoffgewinnung weltweit auf einen sozialeren und nachhaltigeren Weg zu bringen. Handelsabkommen müssen eine starke, verbindliche und durchsetzbare Verpflichtung zum Schutz der Umwelt und der grundlegenden Arbeitsnormen und Menschenrechte enthalten. Ein inklusiverer Ansatz in Bezug auf Handel und das Kapitel über nachhaltige Entwicklung sollte diese Bedenken aufgreifen.

Auf internationaler Ebene gibt es mehrere freiwillige Initiativen, die Grundsätze für nachhaltige Rohstoffe festlegen. IndustriAll Europe fordert die Einhaltung der Sorgfaltspflicht entlang der gesamten globalen Lieferkette, insbesondere bei der Beschaffung von kritischen Rohstoffen. Wir fordern eine rechtlich verbindliche EU-Richtlinie über verbindliche Sorgfaltspflichten im Bereich der Menschenrechte und insbesondere der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte und des Umweltschutzes, die den Anforderungen für die europäische Inlandsförderung so nah wie möglich kommen.

IndustriAll Europe fordert:

- dass die EU-Kommission in ihrer Rohstoffpolitik auch den Bedürfnissen und Interessen der Arbeiter*innen und Menschen in den Ursprungsländern der Rohstoffe außerhalb Europas Rechnung trägt, in vollem Bekenntnis zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den ILO-Arbeitsnormen, den VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie den VN-Zielen für nachhaltige Entwicklung,
- eine EU-Strategie für den Zugang zu kritischen Rohstoffen durch sozial verantwortliche Investitionen, Partnerschaften und Allianzen mit Ländern außerhalb der EU,
- Handelsabkommen verstärkt dazu zu nutzen, die Rohstoffgewinnung weltweit auf einen sozialeren und nachhaltigeren Weg zu bringen,
- eine rechtlich verbindliche EU-Richtlinie über verbindliche Sorgfaltspflichten im Bereich der Menschenrechte (einschließlich Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten) und des Umweltschutzes.